

Für den Streik gerüstet

Arbeitszeitgesetz: ÖGB schließt keine Maßnahme aus, wobei ein Streik das letzte Mittel sei.

WIEN In Österreich wird selten gestreikt. Der geplante Zwölf-Stunden-Tag ist für den Gewerkschaftsbund (ÖGB) aber Grund genug, um sich zumindest für einen Streik zu rüsten, erklärt der Vorarlberger Vorsitzende Norbert Loacker. Die Bundesregierung wolle Arbeitnehmer in die Zwangsarbeit treiben, sagt er. „Wir dürfen nicht zulassen, dass Mitarbeiter nicht mehr selbst entscheiden können, ob sie Überstunden machen oder nicht.“ Sie können künftig zwar noch aus überwiegenden persönlichen Interessen ablehnen, mehr als die Normalarbeitszeit zu arbeiten. Akzeptiert der Arbeitgeber die Begründung jedoch nicht, haben seine Mitarbeiter keine Wahl. Sozialminister Beate Hartinger-Klein (FPÖ) verteidigte am Wochenende, dass Arbeitnehmer Überstunden nicht mehr unbegründet ablehnen dürfen. Es sei klar, dass dies nicht aus einem Justament-Standard geschehen könne. Loacker ist empört. Er spricht sich für zeitnahe Proteste aus, ein Streik hingegen sei immer erst das letzte Mittel. Eine Aufklärungsoffensive startet der ÖGB sofort, um über die schwarz-blauen Pläne zu informieren, vor allem müssten Mitarbeiter und Betriebsräte angesprochen werden. Letztere werden



FPÖ-Sozialministerin Hartinger-Klein verteidigte, dass Mitarbeiter Überstunden nicht mehr unbegründet ablehnen dürfen. APA

künftig an Mitspracherecht verlieren. Bisher war ein Zwölf-Stunden-Tag nämlich nur mit Zustimmung des Betriebsrates möglich. Im neuen Gesetz hat er in dieser Frage kein Mitspracherecht mehr, was es Unternehmern erleichtert, eine elfte und zwölfte Stunde anzunordnen. Generell soll die Normalarbeitszeit aber bei 40 Stunden pro Woche

bleiben und die durchschnittliche Höchstarbeitszeit bei 48 Stunden. Eine Begutachtung des Gesetzes wird es wohl nicht geben. Schließlich macht die SPÖ ihre Zustimmung zu einer Ausschussbegutachtung davon abhängig, dass das Gesetz auch im zuständigen Sozialausschuss behandelt werde. ÖVP und FPÖ haben es hingegen

dem Wirtschaftsausschuss zugewiesen. Die Sozialdemokraten kritisierten zudem, dass die Zeit bis zum Beschluss Anfang Juli viel zu kurz sei, um eine derart komplexe Materie zu begutachten. Die Neos, die eine Arbeitszeitflexibilisierung befürworten, werfen der Regierung vor, mit ihrem Vorgehen jeglichen Usancen zu widersprechen. **VN-EBI**

Grüne können keine Anfragen mehr stellen

WIEN Die Grünen können keine parlamentarischen Anfragen mehr stellen, denn seit Mittwoch sind sie nur noch zu zweit im Bundesrat vertreten. Kurz vor Schluss haben sie noch einmal 28 Anfragen an Regierungsmitglieder gerichtet, sagte die Wiener Grünen-Bundesrätin Ewa Dziedzic. Sie hält nun nur noch mit David Stögmüller aus Oberösterreich die Stellung in der Länderkammer. Bereits nach dem Verlust bei der Tiroler Landtagswahl hatten die Grünen den Fraktionsstatus im Bundesrat verloren. Nun ist auch das Anfragerrecht weg, dafür braucht es drei Mandatäre.

FRAGE DES TAGES

Sind flexible Arbeitszeiten eine gute Sache?

Ja	53 %
Nein	47 %

4485 Teilnehmer

HEUTIGE FRAGE Die Regierung will eine Digitalsteuer im nationalen Alleingang einführen. Ist das gut?
Antwortmöglichkeiten bis 19 Uhr auf fragedestages.vol.at

Digitalsteuer im ÖVP-FPÖ-Alleingang

Regierung will Firmen wie Google zur Kasse bitten.

WIEN Bei der Medienenquete war sie ein Thema, nun legt die Bundesregierung erste Ideen für eine „digitale Konzernsteuer“ vor. Firmen wie Google, Facebook oder Amazon sollen damit zur Kasse gebeten werden. Ziel sei die Wettbewerbsgleichheit zugunsten heimischer Medien. Österreich könnte hier mit einer nationalen Steuer vorpre-

schen, sollte sie auf EU-Ebene nicht durchsetzbar sein. „Das wäre die

„Wir wollen verhindern, dass digitale Großkonzerne weiter privilegiert werden.“

Hartwig Löger
Finanzminister

logische Konsequenz, weil wir verhindern wollen, dass diese digitalen Großkonzerne weiter privilegiert

werden“, erklärte etwa Finanzminister Hartwig Löger (52, ÖVP). Sie würden in Europa und Österreich Milliardenumsätze erwirtschaften, ihre Gewinne aber nicht wie jedes andere Unternehmen versteuern. Das Problem, dass diese Firmen ihren Hauptsitz nicht in Österreich haben, will die Regierung umgehen, indem die Steuer auf den Standort des Benutzers abzielt. Folglich müsste beispielsweise Facebook Steuern in Österreich zahlen, sobald es hier Online-Werbung verkauft.

Aufregung um deutsche Spionage in Österreich

WIEN Die österreichische Staats- und Regierungsspitze verlangt von Deutschland umfassende Aufklärung zu den Enthüllungen, dass der Bundesnachrichtendienst (BND) über Jahre systematisch hiesige Behörden und Firmen abgehört haben soll. „Profil“ und „Standard“ berichteten am Samstag, dass der BND zwischen 1999 und 2006 systematisch die Telekommunikation zentraler Einrichtungen in Österreich überwacht habe. Auf Grundlage BND-interner Dateien werde klar, dass in diesem Zeitraum insgesamt 2000 Telefon-, Fax- und Mobilanschlüsse sowie E-Mail-Adressen im Visier des deutschen Nachrichtendienstes gewesen seien.

Organisationen in Wien interessiert. Es handle sich um mehr als 200 Fernmeldeanschlüsse in 75 Botschaften, darunter die der Länder USA, Iran, Irak, Pakistan, Libyen, Afghanistan, Israel und Nordkorea. Daneben gebe es abgehörte Nummern beim Ölkartell Opec, zwei Dutzend Nummern bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und 180 bei der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA. Bei anderen Organisationen der UN seien 128 Anschlüsse verzeichnet. Außerdem seien Dutzende Unternehmen im Visier des BND gewesen.

Das Parlamentarische Kontrollgremium der Geheimdienste (PKG) des Bundestags ist bereits aktiv geworden. Man prüfe, ob die Vorwürfe neu oder Teil der schon 2015 bekannt gewordenen Vorwürfe seien.

Hohes Haus, niedriges Niveau

Abgeordnete verletzen die Würde des Nationalrats. Wieder einmal.

WIEN Bauernflasch'n, miese Kreatur, Strizzi, Pawlowscher Hund und so weiter: Die Liste der Schimpfwörter, mit denen Nationalratsabgeordnete um sich werfen, um sich gegenseitig zu beleidigen, ist über die Jahre lang geworden. Und sie ist gerade wieder besonders stark gewachsen. Das niedrige Niveau findet kein Ende, im Gegenteil.

Nachträglich hat Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (62, ÖVP) vergangene Woche zwei Abgeordneten einen sogenannten Ordnungsruf dafür erteilt, was sie der „Liste Pilz“-Mandatarin Alma Zadic (34) entgegenschleuderten, als sie in einer Rede zur Verfassungsschutzaffäre von einem „sicherheitspolitischen Desaster“ sprach: „Alma, bei mir bist du sicher!“, hatte Wolfgang Zanger (49) von der FPÖ geklärt. Und Johann Rädler (66) von der ÖVP ließ sie wissen: „Sie sind nicht in Bosnien! Verwechseln Sie das nicht!“

Dafür ernteten die beiden nicht nur Sexismus- und Rassismus-Vorwürfe, sondern eben auch einen Ordnungsruf: Einen solchen erteilt der Nationalratspräsident, wenn die Würde des Hohen Hauses verletzt

wird. Was wieder einmal vermehrt vorkommt. Werner Zögernitz (75) vom Institut für Parlamentarismus und Demokratiefragen zeigt sich nicht verwundert darüber. Mit dem Regierungswechsel gehen heftige Auseinandersetzungen einher. Und an dem Tag, an dem Alma Zadic angegriffen wurde, hat sich ein Eklat laut Zögernitz geradezu abgezeichnet: „Die Stimmung war aufgeheizt.“ Peter Pilz (64) sei nach den Belästigungsvorwürfen gegen ihn zurückgekehrt, weibliche Abgeordnete hätten den Saal bei seiner Angelobung aus Protest verlassen.

Viele Ordnungsrufe für Kickl
Besonders groß sind die Despektierlichkeiten derzeit zwischen Innenminister Herbert Kickl (49, FPÖ) und der Opposition. Ausgerechnet, wie man feststellen muss: Bis vor wenigen Monaten war Kickl

selbst Mandatar und provozierte als solcher überdurchschnittlich viele Ordnungsrufe. Zuletzt verlangten die Sozialdemokraten eine Abmahnung für ihn, nachdem er ihnen unterstellt habe, Unsinn zu verzapfen.

„Hooligan-Sektor“

Doch schon in der Vergangenheit sind mit einzelnen Abgeordneten die Emotionen durchgegangen: „Der Hooligan-Sektor möge ruhig sein“, erwiderte Karlheinz Kopf (60, ÖVP) einmal auf Zwischenrufe aus der BZÖ-Fraktion. „Sie sind Sternzeichen Krokodil“, sagte der Sozialdemokrat Christian Faul (69) zu Gerald Grosz (41) vom BZÖ: „Große Pappen, kleines Hirn.“ Und: 1989 rief der spätere Bundespräsident Heinz Fischer (79) während einer Rede eines Freiheitlichen „Sieg Heil!“. Das kam erst Jahre später auf und wurde von Fischer schließlich als „Kritik am Stil der FPÖ“ dargestellt.

Zu den sexistischen Tiefpunkten zählt freilich jener des ÖVP-Abgeordneten Paul Burgstaller (72) in einer Sitzung des Innenausschusses. Als die Grüne Terezija Stoitsis (59) zum Mikrofon griff, sagte er: „In den Mund nehmen und fest daran lutschen.“ Was zumindest zu seinem ÖVP-Austritt führte und im Übrigen als „Lutschaffäre“ in Erinnerung blieb. Eine Entschuldigung ist nicht überliefert. **JOH**



Zadic wurden sexistische und rassistische Sätze entgegenschleudert. APA

KARIKATUR Damokles-Schwert – am Geduldsfaden der Nation!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT